

Neuwahlen hüben und drüben

Schicksalsgemeinschaft

Frankreich sträubt sich noch immer gegen die Erkenntnis, dass der Unterschied zwischen Siegern und Besiegten nicht für alle Ewigkeit gelten kann. Die Geste des unumschränkten Gebieters über Europa hat nur aufschiebende Wirkung. Die wirtschaftlichen Tatsachen bleiben. Sie binden die Völker Europas aneinander. Entweder finden sie gemeinsam den Weg zum Wiederaufbau oder sie marschieren zusammen in das Dunkel völliger Zerrüttung und Armut.

Die Schicksalsgemeinschaft Deutschlands und Frankreichs äussert sich unfreiwillig auch dort, wo man sie am lautesten leugnet. In beiden Ländern sollen in diesem Frühjahr Wahlen von entscheidender Bedeutung stattfinden, und in beiden Ländern hoffen die Gewaltpolitiker darauf, dass im Nachbarland ihre Gesinnungsgenossen die Oberhand behalten und ihnen dadurch zum Erfolg verhelfen. Die französischen Nationalisten bitten Gott um den Sieg Hellfrichs und Graefes, ebenso wie Deutschnationalen und Deutschvölkische nicht traurig wären, wenn in Frankreich die schärfste Tonart triumphierte.

Der deutsche Reichskanzler trat am 26. Februar vor den Reichstag, um Rechenschaft abzulegen über den Gebrauch, den die Reichsregierung von den ausserordentlichen Vollmachten des Ermächtigungsgesetzes gemacht hat. Die Rede war kurz und nüchtern. Reichskanzler Dr. Marx ist kein Mann der tönenden Rede und der grossen Pläne, sondern ein kühler, sachlicher Jurist von unbestreitbarer Rechtlichkeit, der beste Typus des deutschen Richters, als Politiker mehr für die Fragen der religiösen Erziehung interessiert als für die wirtschaftlichen Dinge, ein Rheinländer von demokratischer Ueberlieferung, aber auch von starker autoritärer Bindung, kurz ein würdiger Repräsentant des deutschen Zentrums, das in den Jahren nach der Revolution so etwas wie die Partei der neuen Reichsgründung war.

Die Notverordnungen

Das Ergebnis der ausserordentlichen Anstrengung, die seit dem November von der gesamten deutschen Nation gemacht wurden, um aus dem Sumpf der Inflation wieder auf festen Grund zu kommen, hat die staunende Bewunderung der Welt gefunden. Dass es gelungen ist, den Sturz der Mark mit jähem Ruck zu bremsen, hat Deutschland wieder zu einem Faktor in der Politik und in der Wirtschaft gemacht, mit dem man zu rechnen anfängt. Der Eindruck der deutschen Leistung wurde noch verstärkt durch den gleichzeitigen Rückgang des französischen Franken, der sich vollzog, obwohl Frankreich für seine Auslandsschulden ein Moratorium geniess und die Aufwendungen für den Wiederaufbau seine eigene Volkswirtschaft befruchteten.

Die Parteien des Reichstags bestreiten nicht, dass im grossen und ganzen die Notverordnungen das Stabilisierungswerk gefördert haben; sie bestreiten auch nicht, dass alle Versuche, es besser zu machen, doch nur ein Flickwerk ergeben würden. Trotzdem hat ein Sturmlauf eingesetzt, der die vielen Härten der Verordnungen zum Anlass nimmt, Änderungen und Verbesserungen zu fordern. Am demagogischsten gebärden sich die Deutschnationalen, die kurzer Hand die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung verlangen. Wenn dieser Antrag angenommen und verwirklicht würde, wäre das Ende der Rentenmark da, und das Elend der Inflation käme noch einmal, jetzt mit unbedingt tödlicher Wirkung. So scharf die Kritik der verschiedenen Kreise an den Einzelheiten der Verordnungen, an den Sparmassnahmen, an dem Beamtenabbau, an der ungenügenden Besoldung ist, wenn die Frage gestellt wird, ob sie die Zeiten vor dem 15. November zurückwünschen, wird einstimmig ein entsetztes Nein ertönen.

Deshalb hat die Regierung recht daran getan, als sie an die Spitze der Reichstagsdebatte die Erklärung stellte: wenn das Gerüst der Notverordnungen, auf denen der Neubau der Währung und der inneren und äusseren Stabilisierung ruht, durch den Wettbewerb der Parteien erschüttert zu werden droht, erfolgt die Auf-

lösung des Parlaments, das ja ohnedies am Ende seiner Laufbahn steht. Der früheste Wahltermin wäre der 6. April. Da die Wahlbewegung bereits begonnen hat, wäre es auch sonst wünschenswert, wenn der Wahltag nicht zu weit hinausgeschoben würde. Die Ausartungen des Wahlkampfes werden immer schlimmer werden, je länger er dauert. Leider hat der Reichstag sich nicht bewegen lassen, noch rechtzeitig das Listensystem, das die Erneuerung des Personalbestandes erschwert, einer Reform zu unterziehen. Damit hat das Parlament eine Pflicht versäumt, deren Erfüllung ihm in seiner Gesamtheit zugut gekommen wäre. Denn unter den jetzigen Umständen ist zu befürchten, dass die Neuwahlen zwar zahlenmässige Verschiebungen ergeben werden, nicht aber einen Zubehörswechsel. Demokratie aber ist in erster Linie Sache der Führerpersönlichkeit. Die bisherige Kandidatenaufstellung hat meist die Benennung der alten Abgeordneten ergeben, während Mussolini, der Diktator, für die Wahl seines ersten Parlaments neben den Führern der Parteien auch eine sehr grosse Zahl neuer Kräfte herangezogen hat.

Kommunisten rechts

Noch vor kurzem glaubten die Deutschnationalen, auf einen grossen Erfolg rechnen zu können. Sie gebärdeten sich als die Partei der rücksichtslosen Opposition und zugleich der wahren „Staatsrerhaltung“. Vollends als Poincaré im August 1923 kurzzeitig und hochmütig als Kanzler der Grossen Koalition und hochmütig als Kanzler der Grossen Koalition sich zu grosszügiger Aussprache über Reparation und Ruhr bereit zeigte — nach dem Wort „lieber Geld und

Gut als Land und Leute“ — schien die Zeit der deutschnationalen Ernte gekommen. Inzwischen aber ist ihnen eine Konkurrenz entstanden, die es noch besser versteht, nach aussen den „starken Mann“ zu spielen, und durch linksradikale Forderungen die Unzufriedenen anzuziehen. Die „Deutschvölkischen“, das Gegenstück der Kommunisten, scheuen vor nichts zurück und weisen hohnlachend die deutschnationalen Verweise hohnlachend die deutschnationalen Versuche ab, durch einen sogenannten „Rechtsblock“ die Bewegung aufzuhalten. Die Deutschnationalen beglücken dabei denselben Fehler wie diejenigen Sozialdemokraten, die den Kommunisten nachliefen, um sie einzufangen.

Kommunisten links

Ohne Zweifel wird die Sozialdemokratie bei den kommenden Wahlen einen Rückschlag erfahren. Doch wäre es falsch, bei einem Verfall gleich mit früheren Wahlen die Stimmziffer der Unabhängigen ohne weiteres auf das sozialdemokratische Konto zu setzen. Zwischen 1920 und 1924 liegt die Zertrümmerung der unabhängigen Partei durch die Kommunisten. Was dann zur Sozialdemokratie ging, war vielfach nur das Unteroffizierkorps der Partei. Dieser Zuwachs hat vielfach die Untugenden der unabhängigen Bewegung in das sozialdemokratische Lager hineingetragen und dadurch die Unsicherheit noch vermehrt, die ohnedies in einer Partei eintreten musste, die durch Generationen hindurch in der Opposition gestanden hatte und plötzlich zur Mitverantwortung gezwungen wurde. Die Verwirklichung der grossen Koalition bis zur Zerreiissung der verschärften. Kein Wunder: war ja doch die Zeit des Währungszusammenbruchs und der Einstellung des Ruhrkampfes eher geeignet, Spaltungen zu zeugen, als Zusammenfassungen zu begünstigen. Die Enttäuschung, die das Kabinett der grossen Koalition hervorgerufen musste, hat in der sozialdemokratischen Orga-

nisation eine Panikstimmung erzeugt, und wenn im Herbst gewählt worden wäre, so hätte der grösste Teil der Führer Mühe gehabt, einen Wahlkreis zu finden. Trotz des Mangels an fähigen Bewerbern. Inzwischen haben die Marktstabilisierung und die Aussicht auf eine langsame Besserung der Verhältnisse auch die Ordnung in den sozialdemokratischen Reihen wieder hergestellt. Die Kandidatenaufstellung hat fast überall die Wiederbenennung der alten Leute ergeben, und sogar in Sachsen, wo nach dem Sturz Zeigners und dem Einmarsch der Reichswehr ein akuter Parteikonflikt ausbrach, zeigt sich, dass die Parteileitung das Heft allmählich wieder in die Hand bekommt. Kennzeichnend für das Abwirtschften des radikalen Flügels ist die Tatsache, dass Oberpräsident Noske als Reichstagskandidat aufgestellt worden ist, derselbe Noske, der den Unabhängigen als das verkörperte böse Prinzip galt.

Die Unordnungszelle

Noske und Wels haben 1919 Bayern vor dem Bolschewismus gerettet. Als alles wieder in Ordnung war, liess sich Gustav v. Kahr durch eine Art von Putsch auf den Sessel des Ministerpräsidenten erheben. Damit begann die Aera der „Unordnungszelle“. Unter grossen Worten und grossen Gesten wurde die „nationale Erneuerung“ organisiert, die darin bestand, dass man den bayerischen Partikularismus gegen das Reich ausspielte und bei den französischen Gewaltpolitikern die Hoffnung erweckte, dass der Gesandte Dard in München bald denselben Einfluss ausüben werde, wie die Gesandten Ludwigs XIV. am Hof Max Emanuels. Gleichzeitig begann General Ludendorff von München aus, seine Fäden zu spinnen. Es entstand eine norddeutsche Emigrantenkolonie, die den blau-weissen Gaul vor den Karren einer schwarz-weiss-roten Umsturz- bewegung spannen wollte. Dazwischen die Hitler-Bewegung, in der sich linksradikale



Puppenwerkstatt, in der die auf der Leipziger Messe gezeigten, überallhin verkauften Chaplin- und andere Sensations-Puppen hergestellt werden. Phot. Dittus